

Antrag 45/I/2024

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

vertagt auf LPT I/2025 + Überweisung FA VIII (Konsens)

Mietenwucher stoppen - Für eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen!

- 1 Die Mieten in deutschen Großstädten sind in den letzten
- 2 Jahren dramatisch angestiegen, was zu einer erheblichen
- 3 Belastung für die Bewohner*innen der Städte führt. Die
- 4 Mietpreisbremse wurde eingeführt, um dieser Entwick-
- 5 lung entgegenzuwirken, jedoch gibt es eklatante Lücken
- 6 in den Regelungen, die von Vermieter*innen skrupellos
- 7 ausgenutzt werden.
- 8
- 9 Obwohl die Mietpreisbremse grundsätzlich auch für mö-
- 10 blierte Wohnungen gilt, ermöglicht die derzeitige Geset-
- 11 zeslage Vermieter*innen, durch überhöhte Möblierungs-
- 12 zuschläge die Preisregulierung zu umgehen. Diese Praxis
- 13 führt dazu, dass Mieter*innen überhöhte Mieten zahlen
- 14 müssen, ohne dass dies gerechtfertigt wäre.
- 15
- 16 Die Nichtberücksichtigung von "Wohnen auf Zeit" ist ein
- 17 weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge der Mietpreisre-
- 18 gulierung beachtet werden sollte. Häufig wird möbliert-
- 19 er Wohnraum unter dem Vorwand des "Wohnens auf
- 20 Zeit" vermietet, um die Mietpreisbremse zu umgehen.
- 21 Dies führt dazu, dass Mieter*innen überhöhte Preise zah-
- 22 len, ohne langfristige Sicherheit zu erhalten. Eine klare De-
- 23 finition und Regulierung von "Wohnen auf Zeit" ist daher
- 24 erforderlich, um Missbrauch zu verhindern und faire Be-
- 25 dingungen für alle Bürger*innen sicherzustellen.
- 26
- 27 Es ist höchste Zeit, dieser ungerechten Praxis ein Ende zu
- 28 setzen und eine faire Mietpreisregulierung für alle Woh-
- 29 nungen in Berlin durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen,
- 30 dass Vermieter*innen weiterhin von einer Gesetzes-
- 31 lücke profitieren, während die Mieter*innen unter unbe-
- 32 zahlbaren Mieten leiden.
- 33
- 34 Wir müssen uns als Partei für bezahlbaren Wohnraum
- 35 für alle einsetzen und gegen Ausbeutung und Ungerech-
- 36 tigkeit auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wir fordern
- 37 diesen dringenden Handlungsbedarf anzuerkennen und
- 38 konkrete, bindende Maßnahmen zur Beendigung dieser
- 39 ungerechten Praxis zu ergreifen.
- 40
- 41 Daher fordern wir:
- 42 **Eine effektive Deckelung der Mieten für möblierte Woh-**
- 43 **nungen:** Überhöhte Möblierungszuschläge dürfen nicht
- 44 länger toleriert werden. Wir fordern klare und faire Richt-
- 45 linien für die Berechnung dieser Zuschläge, um Mieter*in-
- 46 nen vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.
- 47

48 **Transparenz und Offenlegung der Möblierungszuschläge:**
49 Vermieter*innen sollen verpflichtet werden, die Kosten
50 und den Zeitwert der Möblierung transparent im Miet-
51 vertrag offenzulegen, um Missbrauch zu verhindern und
52 die Mieter*innen über ihre Rechte zu informieren. Ausge-
53 nommen sind kurzzeitige Untervermietungen, die nicht
54 gewerbsmäßig stattfinden – bspw. ein WG-Zimmer wäh-
55 rend eines Auslandssemesters. Zudem soll aufgrund der
56 Abnutzung von Möbeln eine jährliche Reduzierung des
57 Möblierungszuschlags erfolgen.

58

59 **Keine Ausnahme der Mietpreisbremse für “Wohnen auf
60 Zeit”:** Es sollte eine umfassende Gesetzesänderung ge-
61 ben, die sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von
62 der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Dies würde ei-
63 ne gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und ver-
64 hindern, dass Vermieter*innen von möblierten Wohnun-
65 gen oder Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe Mie-
66 ten verlangen können.